

Suchtext:

ZIEL

7721 **Zivilliste** (F.) Ausgaben eines Staates für die Hofhaltung (England 1689) Lit.: Gneist, R., Das englische Verwaltungsrecht, Bd. 1f. 3. A. 1883f.

ZIEL

Zivilprozess (Zivilverfahren) ist das öffentliche Gerichtsverfahren (Prozess) zwischen einem Kläger und einem Beklagten in privaten (zivilen) Rechtsstreitigkeiten. Es wird bereits in Rom vom Strafprozess unterschieden und erfolgt im altrömischen Recht als Legisaktionsverfahren (→*legisactio*), danach als →Formularverfahren und seit der Zeitweide als →Kognitionsverfahren (→*cognitio*). Im Mittelalter spaltet sich das wohl zunächst weitgehend einheitliche, anfangs vermutlich in der Volksversammlung unter einem Vorsitzenden durchgeführte Verfahren, in dem seit der zweiten Hälfte des 11. Jh.s das Vorgehen in sog. (lat.) *ordines* (M.Pl.) *iudiciarii* (Gerichtsordnungen) erörtert wird, erst im Hochmittelalter (13. Jh.) vermutlich aus rationalen, wirtschaftlichen Gründen in bürgerliche Sachen (Z., lat. *causae civiles*) und peinliche Sachen (→Strafprozess, lat. *causae criminales*) auf (str.). Bei den bürgerlichen Klagen werden als verschiedene Arten die Klage um Schuld, um Gut und um Eigen und Erbe unterschieden. Dabei leitet auf Antrag des Klägers der Richter das Verfahren ein, das im Ding stattfindet. Der Beklagte kann sich, wenn er sich dem Begehren des Klägers widersetzt, durch Eid von der Klage reinigen, sofern ihm der Kläger nicht unter bestimmten Voraussetzungen den Eid verlegt. Dann entscheidet das →Gericht durch →Urteil der Schöffen, wer das bessere Recht glaubhaft macht oder das stärkere Beweismittel anbietet und damit näher zum →Beweis ist (Beweisrecht). Wegen des Urteils können seit dem Spätmittelalter die Akten an eine als sachkundiger eingeschätzte Stelle (z. B. Oberhof) versendet werden. In Oberitalien bildet sich während des Mittelalters auf der Grundlage des justinianischen Rechtes das römisch-kanonische Verfahren aus, das allmählich vor allem in den geistlichen Gerichten üblich wird. Es beginnt mit der vom Kläger bei dem gelehrten Richter erwirkten Ladung des Beklagten zu einem Termin. Hier überreicht der Kläger dem Beklagten die Klageschrift mit seiner Rechtsbehauptung. In einem nächsten Termin hat der Beklagte alle verfahrensablehnenden Verteidigungsgründe vorzubringen. Beide Parteien können sich vor Gericht durch Prokuratoren vertreten und außerhalb des Gerichts durch Advokaten beraten lassen. Nach der Leistung eines Gefährdeids und der Streitbefestigung ist der Stoff vom Kläger artikuliert vorzutragen und vom Beklagten dieser Vortrag ebenso zu beantworten. Die geheime Beurteilung der Beweisergebnisse durch den selbst in →Subsumtion des Sachverhalts unter den Tatbestand entscheidenden →Richter ist an feste Beweisregeln gebunden. Der gesamte Verfahrensstoff wird aufgezeichnet. Der Vollstreckung des kirchengerichtlichen Urteils dient die Exkommunikation. Gegen das Urteil ist →Appellation und seit dem 12./13. Jh. in bestimmten Fällen auch Nichtigkeitsklage zulässig. Vor allem über das →Reichskammergericht setzt sich der gelehrte Z. als gemeiner Z. in der Neuzeit weitgehend durch. Allgemein kann man deshalb nicht von einem Wandel eines formgebundenen Prozesses oder Verfahrens zu einem formfreien Prozess oder Verfahren am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit sprechen. Der Allgemeinen Gerichtsordnung Preußens von 1793/1795 liegt nach überwiegender Ansicht die Inquisitionsmaxime zu Grunde (mit dem Richter im Mittelpunkt), von der aber Novellen der Jahre 1833/1846 einigen Abstand nehmen. Der Liberalismus kehrt dagegen nach dem Vorbild des auch Beschleunigung anstrebenden fran-zösischen →Code de procédure civile von 1806 (in Kraft 1807) im 19. Jh. zu →Mündlichkeit und →Öffentlichkeit zurück (Genf 1819, Baden 1831, Hannover 1850 A. Leonhardt, konsequente Mündlichkeit, weitestgehende Parteiherrschaft, Preußen Entwurf 1864). Im Deutschen Reich wird auf diesen Grundlagen 1877/1879 der Z. in der →Zivilprozessordnung geregelt (mit dem Bürger im Mittelpunkt, Österreich 1. 8. 1895, Franz Klein [1854-1926], unter Ablösung der Allgemeinen Gerichtsordnung von 1781 und der Westgalizischen Gerichtsordnung von 1796 in Kraft 1898, mit Öffentlichkeit, Mündlichkeit, freier Beweiswürdigung, Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme und Verständnis von Rechtsdurchsetzung als Gemeinschaftsaufgabe zur Sicherung der allgemeinen Wohlfahrt und daraus folgender starker Stellung des Richters statt unbeschränkter Verhandlungsgrundsatzes, weitgehender Übergang zum Einzelrichter 1914) mit deutlicher Abkehr von der Verhandlungsmaxime in späteren Novellen von 1924 und 2001. Seit dem ausgehenden 18. Jh. ist im Übrigen anscheinend in Abhängigkeit von der Ausdehnung des Kreditverkehrs die Zahl der Zivilprozesse so sehr gestiegen, dass durch zahlreiche Novellen eine Vereinfachung und Beschleunigung (ohne überzeugenden Erfolg) angestrebt wird. Lit.: Kaser 80ff.; Kroeschell, DRG 2, 3; Köbler, DRG 18, 30, 31, 55, 116, 155, 181, 201, 235, 262; Bethmann Hollweg, M. v., Der germanisch-romanische Zivilprozess, Bd. 1ff. 1868ff., Neudruck 1959; Bülow, O., Gemeines deutsches Zivilprozessrecht, hg. v. Braun, J., 2003; Planck, J., Das deutsche Gerichtsverfahren, Bd. 1f. 1879, Neudruck 1973; Kühtmann, A., Die Romanisierung des Zivilprozesses in der Stadt Bremen, 1891; Heusler, A., Der Zivilprozess der Schweiz, 1923; Leiser, W., Der gemeine Zivilprozess, 1961; Simshäuser, W., Zur Entwicklung des Verhältnisses von materiellem Recht und Prozessrecht, 1965; Kaser, M., Das römische Zivilprozessrecht, 1966; Schubert, W., Das Streben nach Prozessbeschleunigung und Verfahrensgliederung im Zivilprozessrecht des 19. Jahrhunderts, ZRG GA 85 (1968), 127; Wedekind, W., Bijdrage tot de kennis van de ontwikkeling van de procesgang in civiele zaken, 1971; Schlosser, H., Spätmittelalterlicher Zivilprozess nach bayerischen Quellen, 1971; Dahlmans, G., Der Strukturwandel des deutschen Zivilprozesses, 1971; Meyer, D., Gerichtsverfahren und Zivilprozess, Diss. jur. Göttingen 1972; Steins, A., Der ordentliche Zivilprozess, Diss. jur. Bonn 1972; Budischin, H., Der gelehrte Zivilprozess, 1974; Nörr, K., Hauptthemen legislatorischer Zivilprozessreform, ZZP 87 (1974), 274; König, B., Konformität, Aktenwidrigkeit und offenbare Gesetzeswidrigkeit im zivilgerichtlichen Verfahren, 1975; Damrau, J., Die Entwicklung einzelner Prozessmaximen, 1975; Nörr, K., Naturrecht und Zivilprozess, 1976; Schubert, W., Französisches Recht in Deutschland, 1977; Wollschläger, C., Zivilprozessstatistik und Wirtschaftsentwicklung, ZNR 1981, 16; Ebel, F., 200 Jahre preußischer Zivilprozess, 1982; Dannreuther, D., Der Zivilprozess, 1987; Schoibl, N., Die Entwicklung des österreichischen Zivilverfahrensrechts, 1987; Forschungsband Franz Klein, hg. v. Hofmeister, H., 1988; Faber, R., Die Bemühungen im Herzogtum Nassau, 1990; Wege zu einem europäischen Zivilprozessrecht, hg. v. Grunsky, W. u. a., 1994; Köster, A., Die Beschleunigung der Zivilprozesse, 1995; Wollschläger, C., Streitgegenstände und Parteien am Friedensgericht Xanten 1826-1830, FS K. Kroeschell, hg. v. Köbler, G. u. a., 1997; Metzger, E., A new outline of the Roman civil trial, 1997; Litewski, W., Der römisch-kanonische Zivilprozess nach den älteren *ordines iudiciarii*, 1999; Rhee, C. van, Litigation and legislation - civil procedure at first instance in the Great Council for the Netherlands in Malines (1522-1559), 1997; Mölling, A., Der Zivilprozess vor dem rheinischen Friedensgericht, 2000; Weinreich, O., Der Zivilprozess nach der münsterischen Landgerichtsordnung von 1571 sowie der vechtischen Gerichtsordnung von 1578, 2004; The law's delay, hg. v. Van Rhee, C., 2004; Unger, D., Adolf Wach (1843-1926) und das liberale Zivilprozessrecht, 2005; European Traditions in Civil Procedure, hg. v. Van Rhee, C., 2005; Schartl, R., Gerichtsverfassung und Zivilprozess in Frankfurt am Main im Spätmittelalter, ZRG GA 123 (2006), 136; Zivilprozessreform in der Weimarer Zeit, hg. v. Schubert, W., 2006; Adler, S., Das Verhältnis von Richter und Parteien, 2006; 1806. 1976 - 2006 De la commémoration d'un code à l'autre, hg. v. Cadet, L. u. a., 2006; Ahrens, M., Prozessreform und einheitlicher Zivilprozess, 2007; Schlinker, S., *Litis contestatio*, 2008; Scheifele, A., Zivilprozessrecht in Baden 1803-1864 (Elektronische Ressource), Diss. jur. Konstanz 2008; Zwischen Formstrenge und Billigkeit, hg. v. Oestmann, P., 2009; Die Entwicklung des Zivilprozessrechts in Mittel- und Südeuropa seit 1918, hg. v. Rechberger, W., 2011; Die Entwicklung des Zivilprozessrechts in Mitteleuropa um die Jahrtausendwende, hg. v. Sutter-Somm, T., 2012; Europäisches Privatrecht in Vielfalt geeint. Der modernisierte Zivilprozess in Europa, hg. v. Schulze, G., 2014

ZIEL

- Zivilprozessordnung** →Zivilprozess Lit.: Köbler, DRG 183, 201, 262, 264; Hahn, C., Die gesamten Materialien zur CPO, 1880; Dahlmanns, G., Neudrucke zivilprozessualer Kodifikationen und Entwürfe des 19. Jahrhunderts, 1971; Protokolle der Kommission zur Beratung einer allgemeinen Zivilprozessordnung für die deutschen Bundesstaaten, hg. v. Schubert, W., 1985; Schubert, W., Entstehung und Quellen der Civilprozessordnung von 1877, 1987; Entwurf und Motive einer Prozessordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für den preußischen Staat (von 1864), hg. v. Schubert, W., 1994; Langer, A., Männer um die österreichische Zivilprozessordnung 1895, 1995; Die Civilprozessordnung für das Königreich Württemberg von 1868, hg. v. Schubert, W., 1997; Prozessordnung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten für das Großherzogtum Baden von 1851 und 1865, hg. v. Schubert, W., 1997; Entwürfe zu einer bürgerlichen Prozessordnung für das Königreich Sachsen von 1864 und 1865, hg. v. Schubert, W., 1997; 100 Jahre österreichische Zivilprozessordnung, hg. v. Mayr, P., 1998; 100 Jahre ZPO, hg. v. Bundesministerium der Justiz, 1998; Schade, J., Die Anfrage bei der Gesetzkommision, Diss. jur. Bochum 1998; 100 Jahre österreichische Zivilprozessgesetze, hg. v. Mayr, P., 2000; Schöniger-Hekele, B., Die österreichische Zivilprozessreform 1895, 2000; Biebl, G., Bayerns Justizminister v. Fäustle und die deutschen Reichsjustizgesetze, 2003; Nachschlagewerk des Reichsgerichts Gesetzgebung des Deutschen Reichs, Bd. 8 Zivilprozessordnung §§ 1-270, 2013
- Zivilrecht** ist das Privatrecht oder in etwas engerem Sinn das bürgerliche Recht. Das Z. nimmt seinen sprachlichen Ausgangspunkt von (lat.) –ius (N.) civile, dem für die Römer geltenden Recht im Gegensatz zu (lat.) ius (N.) gentium. Sachlich ist es daneben zumindest aus heutiger Sicht vom öffentlichen Recht zu trennen. Im Mittelalter ist ziviles Recht vor allem das weltliche Recht im Gegensatz zum kirchlichen Recht, aber auch das besondere Stadtrecht im Gegensatz zum Landrecht. Mit dem Hervortreten der Bürger als bedeutsame politische Kraft im 18. Jh. wird das Z. vorrangig auf sie bezogen. Deswegen enthalten der Code civil, Zivilgesetzbuch oder Bürgerliches Gesetzbuch hauptsächlich das für den Bürger wichtige –Privatrecht. Lit.: Hedemann, J., Die Fortschritte des Zivilrechts, Teil 1f. 1910ff., Neudruck 1968; Blomeyer, A., Die Entwicklung des Zivilrechts, 1950; Wüllner, W., Zivilrecht und Zivilrechtspflege, 1964; Peter, H., Vom Einfluss des deutschen Zivilrechts, FS K. Bader 1965, 321; Kiefner, H., Der Einfluss Kants, (in) Philosophie und Rechtswissenschaft, 1969, 3;
- 7724 Markovits, I., Sozialistisches und bürgerliches Zivilrechtsdenken, 1969; Reich, N., Kodifikation und Reform des russischen Zivilrechts, Ius commune 3 (1970), 152; Die Entwicklung des Zivilrechts in Mitteleuropa, hg. v. Csizmadia, A. u. a., 1970; Kitagawa, Z., Rezeption und Fortbildung des europäischen Zivilrechts in Japan, 1970; Schubert, W., Französisches Recht in Deutschland, 1977; Das neue Zivilrecht der DDR, hg. v. Westen, K., 1977; Fellner, C., Die Reform der bayerischen Zivilrechtspflege, Diss. jur. Kiel 1986; Zivilrechtslehrer deutscher Sprache, hg. v. Kim, H. u. a., 1988; Schröder, R., „... aber im Zivilrecht“, 1988; Das deutsche Zivilrecht 100 Jahre nach der Verkündung des BGB, hg. v. Willigmann, A. u. a., 1997; Festgabe Zivilrechtslehrer 1934/1935, hg. v. Hadding, W., 1999; Zivilrechtliche Entdecker, hg. v. Hoeren, T., 2001; Zivilrecht unter europäischem Einfluss, hg. v. Gebauer, M. u. a., 2005, 2. A. 2010; Deutschsprachige Zivilrechtslehrer des 20. Jahrhunderts in Berichten ihrer Schüler, hg. v. Grundmann, S. u. a., Bd. 1 2007, Bd. 2 2009; Der Einfluss der Kanonistik auf die deutsche Rechtskultur, hg. v. Condorelli, O. u. a., Bd. 1 2009
- 7725 **Zivilsache** ist das Verfahren in einer privatrechtlichen Angelegenheit im Wege des –Zivilprozesses. Lit.: Daut, (Vorname unbekannt), Untersuchung über den Einfluss nationalsozialistischer Anschauungen, Diss. jur. Göttingen 1965
- 7726 **Znaim** ist der 1048 erstmals erwähnte, 1226 mit Stadtrecht begabte Ort an der mittleren Thaya, aus dem ein Stadtrechtsbuch von 1523 überliefert ist. Lit.: Bornemann, H., Znaim, das Stadtrechtsbuch von 1523, 1992
- 7727 **Zölibat** ist im katholischen Kirchenrecht die Ehelosigkeit des Geistlichen seit der Synode von Elvira (um 306). Seit 1139 sind alle Inhaber höherer Weihen (kirchenrechtlich) zu einem ehelosen Leben verpflichtet. Lit.: Feine, H., Kirchliche Rechtsgeschichte, 1950, 5. A. 1972; Leinweber, W., Der Streit um das Zölibat im 19. Jahrhundert, 1978; Denzler, G., Die Geschichte des Zölibats, 1993; 1992, 2. A. 1994; Hattenhauer, H., Europäische Rechtsgeschichte, 3. A. 1999, 4. A. 2004; Heid, S., Zölibat in der frühen Kirche, 1997; Flüchter, A., Der Zölibat zwischen Devianz und Norm, 2006; Parish, H., Clerical Celibacy in the West c. 1100-1700, 2010
- 7728 **Zoll** ist die meist an der Grenze eines Staates erhobene, bereits dem römischen Altertum bekannte –Steuer auf die Einfuhr oder Ausfuhr von Waren. Das entsprechende Zollregal geht vom mittelalterlichen König meist auf die Landesherrn über. Im 19. Jh. bemüht sich der Deutsche →Zollverein von 1834, im 20. Jh. die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft im Interesse des Handels um Beseitigung von Zöllen innerhalb des Gebiets der zusammengeschlossenen Staaten (Zollunion). Lit.: Dulceit/Schwarz/Waldstein; Kroeschell, DRG 1, 2; Köbler, DRG 84, 98, 113, 134, 198, 233; Böhmer, J., Das Zollwesen in Deutschland, 1832; Wetzell, E., Das Zollrecht des deutschen Königs, 1893; Haff, K., Rott- und Zollordnung des Fürstbischofs Peter von Augsburg vom Jahre 1428, ZRG GA 31 (1910), 424; Ashley, P., Modern tariff history, 1920; Clausnitzer, M., Deutsche Zollgeschichte, 1933; Grams, W., Der deutsche Zoll, 1954; Hassinger, H., Die Bedeutung des Zollregals, FS H. Aubin Bd. 1 1965, 151; Scholz-Babisch, M., Quellen zur Geschichte des klevischen Rhein Zollwesens vom 11. bis 18. Jahrhundert, 1971; Das Katzenelnbogener Rheinzollerbe 1479-1584, bearb. v. Demandt, K., Bd. 1ff. 1978ff.; Eichstaedt, A., Der Zöllner, Diss. jur. Frankfurt am Main 1981; Schomburg, W., Lexikon der deutschen Steuer- und Zollgeschichte, 1992; North, M., Von Aktie bis Zoll, 1995; Adam, H., Das Zollwesen im fränkischen Reich, 1996; Badian, E., Zöllner und Sünder, 1997; Pfeiffer, F., Rheinische Transitzölle, 1997; Hackenberg, M., Die Verpachtung von Zöllen und Steuern, 2002; Linke, H., Das Zollkriminalamt, 2004
- 7729 **Zollverein** ist der Zusammenschluss mehrerer Staaten zu einem einheitlichen Zollgebiet. 1828 vereinbarten Bayern und Württemberg, Preußen und Hessen sowie mitteldeutsche Staaten je einen Z., zum 1. 1. 1834 die deutschen Staaten (unter gleichzeitigen Umgehung einer vorgesehenen Bundesregelung ohne das wegen des Widerstands Preußens erst 1865 nur die Meistbegünstigung erreichende Österreich) einen deutschen Z. Er ist eine wichtige Vorstufe zur Ausbildung des Deutschen Reiches von 1871 im Sinne der kleindeutschen Lösung), wobei die höheren Zollvereinsbeamten für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft eintreten und dem politischen Liberalismus zuneigen. Lit.: Kroeschell, DRG 3; Köbler, DRG 176; Hahn, H., Geschichte des deutschen Zollvereins, 1984; Wadle, E., Der Zollverein und die deutsche Rechtseinheit, ZRG GA 102 (1985), 99; Kreutzmann, M., Bürokratische Funktionselemente und politische Integration im Deutschen Zollverein (1834-1871). HZ 288 (2009), 561; Der Deutsche Zollverein, hg. v. Hahn, H. u. a., 2012
- 7730 **Zone** ist ein Teil eines größeren Gebiets (z. B. Besatzungszone). Lit.: Kroeschell, 20. Jh.
- 7731 **Zöpfl**, Heinrich (Bamberg 1807-Heidelberg 1877) wird nach dem Rechtsstudium in Würzburg 1839 außerordentlicher Professor und 1842 ordentlicher Professor in Heidelberg. Seine deutsche Staats- und Rechtsgeschichte ist ein Institutionenlehrbuch des gemeinen deutschen Privat-rechts. Bedeutsam sind seine Grundsätze des allgemeinen und deutschen Staatsrechts, 1841, 5. A. 1863. Lit.: Stolleis, M., Geschichte des öffentlichen Rechts, Bd. 2 1992, 92

ZIEL

- 7732 **Zubehör** (Wort um 1360 belegt) ist die bewegliche Sache, die ohne Bestandteil der Hauptsache zu sein, nach der Verkehrsanschauung dem wirtschaftlichen Zweck einer Hauptsache zu dienen bestimmt ist und zu ihr in einem dieser Bestimmung entsprechenden räumlichen Verhältnis steht (z. B. Zugtiere auf Bauernhof). Wem das Eigentum am Z. zusteht, hängt nach römischem Recht von den Einzelumständen ab. Lit.: Kaser § 18 II; Köbler, DRG 39; Coing, H., Europäisches Privatrecht, Bd. 1f. 1985ff.; Köbler, U., Werden, Wandel und Wesen des deutschen Privatrechtswortschatzes, 2010
- 7733 **Zuchthaus** ist das der zwangsweisen Erziehung von Erwachsenen dienende Gebäude. Die zwangsweise Erziehung (vor allem zu Arbeitsamkeit) in einem Z. wird seit der frühen Neuzeit wohl als Ergebnis religiöser Überlegungen als sinnvoll angesehen (Schloss Bridewell bei London 1555 house of correction, Amsterdam 1595, Bremen 1609, Lübeck 1613, Hamburg 1622, Danzig 1629, Breslau 1668, Wien 1671, Waldheim/Sachsen 1716, Graz 1724, Innsbruck 1725, Torgau 1730, Kaiserswerth 1736, Nürnberg 1769, Zwickau 1775, 1776 Koblenz). In solche wohl Klöstern und Spitälern nachgebildete Häuser werden neben Armen (Bettlern), Alten, Geistesgestörten und Kindern auch Diebe und andere Straftäter aufgenommen. Versuche, die Häuser wirtschaftlich zu betreiben, scheitern. Außerdem erweisen sich die Häuser eher als Verschlechterungsanstalten, in denen es den Inhaftierten auch sehr schlecht geht. Später setzt sich Z. als Bezeichnung für eine Freiheitsstrafe durch. Verbesserungen werden erst im 19. Jh. umgesetzt. Am 1. 4. 1969 wird die Bezeichnung Z. in Deutschland wegen der mit dem Z. auch verbundenen schädlichen Folgen aufgegeben. Lit.: Kroeschell, DRG 3; Köbler, DRG 158, 205; Quanter, R., Deutsches Zuchthaus- und Gefängniswesen, 1905, Neudruck 1970; Radbruch, G., Elegantiae iuris criminalis, 1950; Schluë, H., Die Geschichte des Bonner Zuchthauses, Diss. jur. Bonn 1957; Nöldeke, W., Die Kölner Zuchthauspläne von 1609, ZRG GA 79 (1962), 288; Sothmann, M., Das Armen-, Arbeits-, Zucht- und Werkhaus in Nürnberg, 1970; Stekl, H., Österreichische Zucht- und Arbeitshäuser, 1978; Fumasoli, G., Ursprünge und Anfänge der Schellenwerke, 1981; Stier, B., Fürsorge und Disziplinierung im Zeitalter des Absolutismus, 1988; Eisenbach, U., Zuchthäuser, Armenanstalten und Waisenhäuser in Nassau, 1994; Schirra, D., Zucht- und Arbeitshäuser als Institution der Fürsorge, Magisterarbeit 1997; Viebig, M., Das Zuchthaus Halle/Saale, 1998; Elling-Ruhwinkel, E., Sichern und Strafen, 2005; Strafe, Disziplin und Besserung, hg. v. Ammerer, G., 2006
- 7734 **Züchtigungsrecht** ist das Recht eines Menschen, einem anderen Menschen zum Zweck der Erziehung ein schmerzliches Übel zuzufügen. In frühen Zeiten steht vor allem dem Hausvater in weitem Umfang ein Z. zu. Das Z. des Ehemanns gegenüber der Ehefrau verschwindet im 19. Jh. (Preußen 28. 2. 1812, im kanonischen Recht mit der Ersetzung des Corpus iuris canonici durch den Codex iuris canonici 1917/1918), das Z. der Eltern gegenüber den Kindern ist noch durch das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch (1900) nicht ausgeschlossen, tritt aber im 20. Jh. mehr und mehr zurück. Ein Z. gegenüber Gesinde endet in Preußen 1860, das Z. des Lehrers gegenüber Schülern in Deutschland durch Gesetz von 1951. Lit.: Köbler, DRG 18; Kober, Die körperliche Züchtigung, Theolog. Quartalsschr. 57 (1875); Wiens, W., Das Züchtigungsrecht des Ehemanns, 1909; Vormbaum, T., Politik und Gesinderecht, 1980; Gebhardt, J., Prügelstrafe und Züchtigungsrecht, 1994; Priester, J., Das Ende des Züchtigungsrechts, 2000; Behnke, J., Forschungen und Forschungsdesiderate zur körperlichen Züchtigung, 2002
- 7735 **Zucker** Lit.: Ouerfelli, M., Le Sucre, 2008
- 7736 **Zufall** ist das Ergebnis, für das keine Gesetzmäßigkeit zu erkennen ist (z. B. Hagel). Der durch Z. eintretende Schaden fällt bereits im römischen Recht grundsätzlich dem zur Last, dem die Sache oder Leistung gebührt. Lit.: Kaser §§ 36 III 5, 37 II 2b; Kroeschell, DRG 3; Köbler, DRG 44; Hentig, H. v., Sinnvoller Zufall, eine alte Rechtsanschauung, ZRG GA 80 (1963), 344; Coing, H., Europäisches Privatrecht, Bd. 1f. 1985ff.
- 7737 **Zug** am Zuger See ist der um 1200 von den Grafen von Kiburg gegründete, 1273 an König Rudolf I. von Habsburg gelangte Ort. 1352 wird Z. von den umgebenden Orten der Eidgenossenschaft der →Schweiz zum Eintritt in die Eidgenossenschaft gezwungen. 1814 erhält der kleinste Kanton der Schweiz eine Verfassung. Lit.: Köbler, Historisches Lexikon; Schwerzmann, J., Das Zuger Schuldbetreibungsrecht, 1962; Die Rechtsquellen des Kantons Zug, hg. v. Gruber, E., Bd. 1 1971; Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte, hg. v. Coing, H., Bd. 1ff. 1973ff., 2,2,461; Zwicky, M., Prozess und Recht im alten Zug, 2003
- 7738 **Zug auf den Gewähren** –Gewährschaft
- 7739 **Zugabe** Lit.: Götting, H., Die neuere Entwicklung des Zugaberechts, 1986; Matz, J., Die Regulierung der akzessorischen Wertreklame, 2005
- 7740 **Zugang** (Wort mit allgemeinerer Bedeutung um 765 belegt) Lit.: Köbler, U., Werden, Wandel und Wesen des deutschen Privatrechtswortschatzes, 2010